

- im Falle der Marginaliedlungen - vor allem auch in ihrer praktischen Anwendung und Durchsetzbarkeit. Die einführenden Kapitel sind überschrieben mit „Marginaliedlungen in Megastädten Asiens: Fragestellungen und Zielsetzungen, Erfassungsprobleme, Inhalte und Ergebnisse“, „Marginaliedlungen in Megastädten ‚Erste‘ Welt – ‚Fünfte‘ Welt. Begriffliche und methodische Erfassungsprobleme für einen weltweiten Vergleich“ und „Marginaliedlungen in Metropolen Asiens in der geographisch-landeskundlichen Literatur - ein Überblick“.

Der Sammelband wird für die nächsten Jahre das Standardwerk zum Thema sein, nicht zuletzt wegen seines Glossars, das - in einem der Einleitungskapitel versteckt - dem Leser zum ersten Mal in einer Fußnote (p. 29) begegnet, nachdem der sich vom Inhaltsverzeichnis ab über die Sternchen gewundert hat, die allerlei Begriffen beigegeben sind und die im Glossar erläutert werden. Auch an anderer Stelle vermisst man eine straffe Endredaktion, wenn zum Beispiel Karten aus anderen Werken übernommen wurden und die Legende unvollständig ist (p. 405), Tabellen mit englischem Text nicht übersetzt wurden (p. 410) oder Jahresangaben vorchristlicher Zeit ohne einen entsprechenden Zusatz erscheinen (p. 57). Dass die Bevölkerung der Botabek-Region innerhalb eines Jahrzehnts um 336% gestiegen sein soll, lässt sich aus der Tabelle auf der gegenüberliegenden Seite (pp. 260-61) auch nicht annäherungsweise errechnen und wäre auch nicht das Ergebnis eines jährlichen Wachstums von 16%. In zwei Fällen fehlen graphischen Darstellungen und Tabellen die Angabe der Dimension: „US\$“ für das „absolute“ Wachstum auf den Seiten 399 und 430 und „US\$, 1960=100“ für das „relative“ Wachstum auf den Seiten 400 und 431.

Das schmälert aber nicht die Leistung des Herausgebers, einen Band über Marginaliedlungen in Asien vorgelegt zu haben, der über die Fülle der Einzelinformationen hinaus wesentliche begriffliche und inhaltliche

Fragen behandelt. Entwicklungspolitisch bedeutsam ist der Hinweis auf generelle Ursachen, etwa eine rasche, die Aufnahme-fähigkeit der Städte überfordernde, Zunahme der Bevölkerung aus Gründen, die außerhalb der Megastädte liegen (z.B. Flucht und Vertreibung in Kolkata und Seoul), und auf vielfältige Lösungsansätze staatlicher und nichtstaatlicher Stellen und zwar unabhängig vom wirtschaftlichen Wachstum.

Wolfgang-Peter Zingel

**Ulrike Bey, Katharina Trapp (Hg.):
Trends in der Asiatischen
Entwicklungsbank: NGO-
Perspektiven**

Focus Asien 33, Schriftenreihe des Asienhauses. Essen: Asienstiftung, 2009. 88 S., EUR 5,00

Die Asian Development Bank (ADB) ist die für Asien bedeutendste regionale Entwicklungsbank. Sie wird traditionell von den führenden Industrieländern, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, finanziert. Ihr Einsatzgebiet sind die Länder Asiens (ohne Südwestasien) und des Pazifik, einschließlich der vormaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien und im Kaukasus. Sitz der ADB ist die philippinische Hauptstadt Manila.

Als maßgebliche Quelle finanzieller Mittel und Expertise bei der Konzeption und Durchführung von Entwicklungsprojekten trägt die ADB, wie jede andere vergleichbare Institution, Mitverantwortung für die ökologischen und sozialen Folgen; diese sind häufig indirekter Natur und erschweren eine Bewertung der jeweiligen Maßnahme. Dazu kommt, dass das Problembewusstsein in den einzelnen Staaten unterschiedlich entwickelt ist, und das eigentliche Problem meist weniger im Fehlen rechtlicher Bestimmungen als in deren wenig systematischer Durchsetzung liegt. Oft mangelt es den Betroffenen an Information über ihre

Rechte und an Möglichkeiten, sie geltend zu machen. Hier setzt die Arbeit lokaler und nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen an, unterstützt durch solche aus dem Ausland. Sie alle versuchen an den verschiedensten Stellen einzugreifen. In der Praxis sind die Möglichkeiten vor Ort begrenzt, weshalb es wichtig ist, bei den internationalen Finanzinstitutionen wie der ADB, und möglichst in einem frühen Stadium der Projekte anzusetzen.

Mit diesem Thema beschäftigt sich die vorliegende Veröffentlichung des Asienhauses in Essen in ihrer Reihe „Focus Asien“. Der Titel „Trends in der Asiatischen Entwicklungsbank“ gibt den Rahmen an, der Untertitel „NGO-Perspektiven“ präzisiert die Aufgabenstellung. Es geht im Wesentlichen um drei Aspekte, nämlich um die Folgen von Vertreibung, um Gender-Fragen und um die Beteiligung der ADB an Investitionsfonds. Die ADB unterliegt ihren eigenen Umwelt- und Sozialstandards, die sie von Zeit zu Zeit überarbeitet und ändert - nicht immer zum besseren Schutz der Betroffenen. Dies geht aus dem Beitrag von Michael D. Burstein und Jennifer Kalafut hervor: In Indien und China allein sind im letzten halben Jahrhundert hundert Millionen Menschen Opfer von Änderungen von Landnutzungsrechten geworden (S. 24). Dabei stehen Enteignung und Vertreibung nicht zwingend am Anfang massiver Eingriffe in ihre Lebensgrundlage: Begriffe wie Eigentum und Nutzungsrechte werden oft vom Staat und indigenen Gruppen unterschiedlich verstanden; traditionelle Stammesgesellschaften kennen oft gar kein individuelles übertragbares und veräußerliches Recht am Boden und verfügen selten über verbriefte Eigentumsrechte an ihrem Land. Großflächiger Tagebau und Infrastrukturbauten der Wasser- und Energiewirtschaft sowie des Transportwesens entziehen ihnen ihr Siedlungsgebiet und greifen tief in den Wasserhaushalt scheinbar nicht betroffener Gebiete ein. Aber auch verbriefte Rechte nutzen wenig, wo Enteignung einfach ist und Ent-

schädigungen gering sind und erst verspätet und nicht in voller Höhe ausbezahlt werden.

Frauen sind immer besonders betroffen, da sie die Umsiedlung, der Verlust einer intakten häuslichen Wirtschaft und ein vermindertes Einkommen vor ganz besondere Probleme stellt, sie aber an den Entscheidungsprozessen von Entwicklungsprojekten kaum beteiligt sind. Vermeintliche „Frauenprojekte“ können auch leicht kontraproduktiv wirken: Teo Soentoro berichtet von ADB-Mitteln für Madrasahs in Indonesien, in denen zwar Mädchen unterrichtet werden und sogar ein Gender-Aktionsplan entwickelt wurde, „der sich hauptsächlich auf Fragen des Zugangs richtete, wie die Anzahl weiblich Studenten, weiblicher Lehrer, Teilnahme von weiblichen Studenten an Madrasah Schulkomitees“. Aber: „Im Aktionsplan war keine Sozial- oder Geschlechteranalyse der sexistischen Lehrpläne und Lehren vorgesehen.“ (S. 41).

Weit schwieriger zu durchschauen sind die Zusammenhänge dort, wo die ADB Anteile an privaten Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Fonds) übernimmt. Das Problem besteht überall bei verschachtelten Kapitalbeteiligungen. Der Kapitalbedarf ist besonders in der Energiewirtschaft hoch und rasch steigend. Kaum eine Energieform ist von der Kritik ausgenommen: Bei fossilen Brennstoffen sieht die Emission von Schadstoffen im Mittelpunkt, bei der Wasserkraft ist es der Flächenverbrauch. Stephanie Fried bemängelt sicher zu recht, dass sich Fondsmanager zu sehr „von wirtschaftlichen Anreizen und Investitionsbeschränkungen leiten lassen, welche nur wenig mit den eigentlichen Entwicklungszielen gemein haben“ (S. 47). Hier stellt sich aber auch die alte Frage, was unter Entwicklung zu verstehen ist, und welche Umwege Entwicklungspolitik gehen soll und darf, um die Ärmsten der Bevölkerung zu erreichen.

Die Herausgeberinnen sprechen mit der vorliegenden Veröffentlichung das Thema der Verantwortung einer bedeutenden internationalen Entwicklungsagentur an. Öko-

nomen werden anmerken, dass wirtschafts-politische Maßnahmen, wie sie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Expertise darstellen, ausnahmslos neben den intendierten, direkten Wirkungen „externe Effekte“, d.h. meist nicht intendierte, indirekte Wirkungen hervorrufen, die von (unbeteiligten) Dritten zu tragen sind. Deren Rechte sind vor allem in autokratisch geführten Staaten, wie die angeführten Beispiele China und Birma zeigen, beschnitten. Die Veröffentlichung enthält eine Fülle von wichtigen Informationen. Die meisten Beiträge erscheinen erstmals in (gekürzter) deutscher Übersetzung. Soweit die Originaltexte im Internet verfügbar sind, lassen sich terminologische Unklarheiten am einfachsten durch das Studium der Quellen ausräumen.

Wolfgang-Peter Zingel

Harish Kapur: Foreign Policies of India's Prime Ministers

New Delhi: Lancer, 2009. 444 S., USD 31,00

Harish Kapur was for several decades professor of international relations at the reputed Graduate Institute of International and Development Studies in Geneva. This book is a record of a long period of detailed research and analysis of India's foreign policy. Kapur argues convincingly that the prime ministers played a decisive role in shaping India's foreign policy and he examines the performance of all of them. Each chapter devoted to a prime minister first outlines his background and then discusses his contribution to global and regional foreign policy. This is followed by an analysis of the decision making process and an evaluation of the performance of the respective prime minister. Not all of the prime ministers get good marks and in some instances Kapur mentions their disinterest in foreign affairs, e.g. Lal Bahadur Shastri, Morarji Desai, Charan Singh, Vishwanath Pratap Singh, Chandra

Shekhar and H. D. Deve Gowda. Whenever the prime minister was not interested in foreign affairs, the foreign minister tended to play a more active role. Under more assertive prime ministers, the foreign minister tended to be no more than an assistant in this field. The Ministry of External Affairs often had to play second fiddle to the powerful Prime Minister's Office (PMO) which had been established by Shastri and which has grown in importance ever since.

Nehru's role as the architect of Indian foreign policy is well known. But Kapur also highlights the interest which Indira and Rajiv Gandhi took in foreign affairs. He states that Indira Gandhi in her second term almost emerged as a leading figure in global diplomacy. This was cut short by her assassination. Rajiv set a new pattern by his visit of China in 1988. The troubled relations between India and China are a special field of Kapur's interest. Among recent prime ministers he gives good marks to P.V. Narasimha Rao, Inder Kumar Gujral and Manmohan Singh. Narasimha Rao had served as foreign minister before he became prime minister and was very experienced in international diplomay. The same was true of Gujral who was both V.P. Singh's and Deve Gowda's foreign minister before he became prime minister in 1997. Kapur provides detailed insights into Gujral's foreign policy as he has been close to him since they first met as young men in Lahore in the 1940s. Gujral was a Communist in his youth, left the party in the 1950s but then followed a mildly leftist course in politics throughout his life. Kapur praises him for enunciating the „Gujral Doctrine“ which stressed that India should unilaterally cultivate good relations with its neighbours. Actually India's relations with the other states of South Asia have always been troubled and very few prime ministers could score any success in this field.

A.B. Vajpayee made an impact on India's foreign relations not only by opting for the atom bomb but also by establishing a Na-